

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Fringerlohn 1.50 M., bei Selbstabholung 1.40 M. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 4.50 M. für 1 Monat 1.50 M. (Postgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.) —
Freiporto unter Kreuzband monatlich 1.50 M.
Postcheckkonto Nr. 53 477 Postcheckkonto Nr. 53 477.

Redaktion:
Leipzig, Tauchaer Straße 19/21.
Telegramm-Adresse Volkszeitung Leipzig
Fernsprecher 13008

Zusätze kosten die 7spaltige Zeile oder deren Raum 40 Pfg., bei Platzvorkauf 45 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. Auf alle Zusätze 20% Feuerungszuschlag. — Der Preis für das Beliegen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 4.— M. jedes Tausend, bei Zellaufgabe 7.50 M. —
Schluß der Annahme von Inseraten für die künftige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21 Fernsprecher 4506 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Der weiße Schrecken in Berlin.

Genossen und Genossinnen!

Unter den Stürmen der Revolution hat in Berlin vom 2. bis 6. März der zweite Parteitag der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands getagt. Er hat der Partei den Weg gewiesen, der zur Befreiung der politischen Macht und zur Verwirklichung des Sozialismus führt. In schärfen Meinungskämpfen wurde die Selbstverwirklichung erzielt.

Das Räteystem, die Kampforganisation, die sich das Proletariat in der Revolution geschaffen hat, ist von dem gesamten Parteitag als entscheidendes Mittel zur Umwälzung der bürgerlichen Gesellschaft verkündet worden. Die von allen Klassenfeinden des Proletariats verfolgte Räteorganisation schließt die Arbeiter zu einer einheitlichen Kampffront zusammen. Sie ist das unentbehrliche Instrument, mit dem das Proletariat die politische Macht erringt und die Vergesellschaftung der Produktionsmittel durchführt. In dieser Erkenntnis hat der Parteitag sein Aktionsprogramm aufgestellt.

Es fordert zunächst, daß die politischen und wirtschaftlichen Funktionen des Räteystems in der Verfassung festgelegt und verankert werden.

Es fordert die sofortige Vergesellschaftung der entscheidenden Wirtschaftszweige.

Es fordert eine sozialistische Steuer- und Finanzpolitik, alle sozialpolitischen und kulturellen Maßnahmen zur körperlichen Gesundheit und geistigen Höherentwicklung des Volkes.

Es fordert die Sicherung der politischen Macht der Arbeiterklasse durch sofortige Beseitigung des Militarismus, Abschaffung der Freiwilligenkorps und Errichtung einer proletarischen Volkswehr.

Es fordert die sofortige Einstellung aller Feindseligkeiten im Osten und die Wiederaufnahme freundschaftlicher Beziehungen zur russischen Sowjetrepublik und zu allen andern Mächten.

Den dauernden Frieden für die Welt zu sichern vermag nur die Arbeiterinternationale.

Die vom Volke grundlegenden, sozialistischen Politik erfüllt ist.

Berlin, den 7. März 1919.

Das Zentralkomitee der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Artur Crispien. Wilhelm Dittmann. Hugo Haase. Gustav Lautant. Dr. Julius Moses. Anna Rehmig. Luise Zieg.

Die Leipziger Arbeiter zum Generalstreik.

In einer heute mittag im Zoologischen Garten stattgefundenen, überfüllten Versammlung der Arbeiter- und Soldatenräte, Betriebsausschüsse und Betriebsvertrauensleute nahmen diese Vertreter der streikenden Arbeiterschaft den Bericht der Streikleitung über den Stand des Streiks entgegen. Die Versammlung führte zu dem Ergebnis, daß die folgende Resolution einstimmig angenommen wurde:

Die freche Herausforderung der Gegenrevolution, die in den feigen Mordanschlägen an Liebknecht, Rosa Luxemburg und Kurt Eisner den krassen Ausdruck fand, hat im Verein mit der gewalttätigen Politik der Regierung Hert- Scheidemann gegen die Arbeiter die augenblicklich todenben Kämpfe in Deutschland hervorgerufen.

Diese gewaltigen Kämpfe haben der Gegenrevolution gezeigt, daß sie nicht ungekräft die Arbeiterklasse herausfordern darf. Sie zeigen ihr und der halbsozialistischen Regierung, daß die Revolution vollendet, die Sozialisierung in Angriff genommen werden muß.

Das Räteystem, das durch den demnächst stattfindenden Reichstagskongreß seine Festigung und Weiterentwicklung erfahren wird, wird neben der Partei der U. S. D. das Instrument in der Hand der Arbeiterschaft Deutschlands sein, mit dem sie die politische Macht endgültig erringt und die wirtschaftliche Befreiung durchzuführen wird.

Die Arbeiter-, Soldaten- und Betriebsräte setzen in den Erfolgen der augenblicklichen Kämpfe eine Abschlagszahlung auf ihr Ziel.

Sie ermahnen sie aber schon jetzt, darauf hinzuwirken, daß die künftigen Kämpfe planmäßig vorbereitet werden, damit sie mit der übrigen Arbeiterschaft Deutschlands aufgenommen, auch siegreich zu Ende geführt werden können.

Ferner wurde beschlossen, daß am Montag vormittag die Betriebsausschüsse mit den Unternehmern der einzelnen Betriebe wegen der Ausnahme der Arbeit am Dienstag früh verhandeln sollen. Gleichzeitig

Die Arbeit des Parteitags war von der frohen Zuversicht getragen, daß die Partei die Trägerin der Revolution, in rascher Fortentwicklung begriffen ist. Ihr reiches inneres Leben, die Fortschritte ihrer Organisation und ihrer Presse zeugen dafür, daß die proletarischen Massen ihr zufließen.

Der Parteitag hat Klarheit geschaffen über die Bahn, die das Proletariat zu verfolgen hat. Es darf sich nicht ablenken lassen durch die Illusion, daß gewaltsames Vorgehen von Minderheiten und vereinzelte Teiltaktionen es seinem Ziele näherbringen. Birgt dies die Gefahr der Zersplitterung und Schwächung der Arbeiterklasse in sich, so würde das Verlassen grundsätzlicher, proletarischer Politik die Zukunft des Sozialismus vernichten. Das zeigt die Politik der Rechtssozialisten.

Ihre Führer, die viele Arbeiter und Arbeiterinnen durch die Macht der Gewohnheit in ihrem Bann halten, enthüllen immer deutlicher den Charakter dieser Politik. Wie sie mit den bürgerlichen Parteien während des Kriegs verbunden, die trotz aller schillernden Worte von „Sozialisierung“ und „sozialistischem Arbeiterrecht“ dem Kapitalismus nicht ernstlich entgegengetreten kann. Diese scheinsozialistische Regierung betreibt eine blutige Gewaltpolitik, wie sie nie in Deutschland, auch nicht in den Zeiten der ärgsten Reaktion, erlebt worden ist.

In klarer Erkenntnis dieser schmachvollen Zustände wenden sich in den letzten Wochen Scharen Proletarier von den rechtssozialistischen Führern ab; jede Gemeinbewahl liefert dafür den bündigen Beweis. Diese Scharen gilt es zusammen unter dem Banner des revolutionären, internationalen Sozialismus, das die U. S. D. auf erpflanzt hat. So muß es, so wird es zur Geschlossenheit des gesamten, klassenbewußten Proletariats kommen.

Genossen und Genossinnen! Aus Wert mit revolutionärer Kraft.

Bericht.

Der Vorsitzende des Engeren Ausschusses, Genosse Dr. Gejer, erstattete den Bericht über die gegenwärtige Situation. Er verwies zunächst auf den wechselvollen Verlauf des Streiks in den verschiedenen Streikgebieten. Weiter hob er hervor, daß die machtvolle Streiks schließlich auch auf die Regierung ihre Wirkung ausübten, so daß sie Angebote nach Halle und Berlin richtete. Es sei dann auch mit Vertretern der Streikenden aus Thüringen, Berlin und Halle in Weimar verhandelt worden. Leipziger Vertreter hätten offiziell nicht an den Verhandlungen teilgenommen. Von vornherein sei es klar gewesen, daß die ausgeklärten politischen und wirtschaftlichen Forderungen nur in Gemeinschaft mit den Streikenden in den anderen Streikgebieten durchgesetzt werden konnten. Das Resultat der Verhandlungen in Weimar müsse als sehr mager bezeichnet werden. Mit Rücksicht auf die lange Dauer des Streiks in Halle und Thüringen und die Unmöglichkeit der Parteienruppen in Berlin hätten sich die Vertreter jener Streikgebiete mit den geringen Zuständen zufrieden gegeben. Sie hätten dies auch um müssen, um die Kräfte der Arbeiterschaft nicht zu erschöpfen und sie für weitere Kämpfe stark zu erhalten. In Leipzig sei die Situation nun so, daß die Streikenden ihre Forderungen in Leipzig allein nicht durchsetzen könnten. Wohl aber sei es möglich, durch Druck auf die säch-

sische Regierung und das Leipziger Unternehmertum ein Resultat zu erzielen, daß über die in Weimar erhaltenen Zugeständnisse hinausgehe. Nach den Vereinbarungen von Weimar sollten Arbeiter, Angestellte und Unternehmer zusammenwirken. Das könne man aber nicht als eine geeignete Grundlage zur Anbahnung der Sozialisierung betrachten. Zunächst habe man in Leipzig mit dem sächsischen Arbeitsminister Schwarz überhaupt nicht verhandelt, sondern nur seine Angebote gehört. Nachdem aber in Berlin der Streik abgebrochen worden sei und man in Weimar den Abbau der Streiks in Mitteldeutschland und Thüringen zugesprochen hätte, seien Engerer Ausschuss und Streikleitung auch in Leipzig in Verhandlungen mit dem Minister Schwarz eingetreten. Zu der Kernforderung der Leipziger Streikenden: Betriebskontrolle durch Betriebsräte zum Zweck der Durchführung der Sozialisierung habe Schwarz erklärt, daß die Rechte der Betriebsräte anerkannt werden sollten. Die Betriebsräte sollten das Kontrollrecht haben über den ganzen Geschäftsbetrieb, über die Art und den Gang der Produktion und die Verteilung der Gewinne; sie sollten das Recht zum Einblick in die Geschäftsbücher und das Mitbestimmungsrecht in allen Fragen der Betriebsführung haben. Von den Streikenden sei zwar nicht nur das Mitbestimmungsrecht verlangt worden, sondern das volle Verfügungsrecht und ein ausgebautes Räteystem. Das freie Verfügungsrecht über die Produktionsmittel sollte den Unternehmern genommen werden. Das habe man nicht erreichen können. Was aber erreicht sei, stelle trotzdem einen großen Erfolg dar. Es bilde eine geeignete Grundlage für die kommende Sozialisierung. Es könne eine läckenlose Produktionsstatistik zur Vorbereitung der Sozialisierung aufgestellt werden. Die Arbeiter hätten die Möglichkeit, ganz in den Betrieb hineinzusehen und außerdem in der Praxis geeignete Kräfte für die Durchführung der Sozialisierung heranzubilden. In Bezug auf die politischen Forderungen habe man von den Vertretern der Regierung nicht so weitgehende Zugeständnisse erhalten können. Dem Verlangen, dahin zu wirken, daß die Freiwilligen-Garden aufgelöst werden sollten, will die sächsische Regierung nicht nachkommen. Doch habe sie versprochen, daß in Sachsen keine solchen Verbände aufgestellt werden sollten. Zugestanden habe Schwarz dagegen die Erfüllung der Forderungen auf Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit und der Standgerichte und auf Aburteilung militärischer Vergehen durch die bürgerlichen Gerichte. Ebenso wolle die sächsische Regierung dafür einreten, daß die sofortige Verhaftung der Mitglieder Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg erfolge. Mehr habe man bei der sächsischen Regierung nicht erreichen können, da ja die Durchführung dieser Forderungen Sache der Reichsregierung sei. Die von den Streikenden erhobenen weiteren politischen Forderungen auf den Sturz der letzten Regierung und Freilassung der politischen Gefangenen seien bei den Verhandlungen in Weimar mit nichtslagenden Worten abgelehnt worden. Ferner habe man dann Verhandlungen gepflogen mit Vertretern des Leipziger Unternehmertums, um die Anerkennung der Rechte der Betriebsräte zu erwirken. Diese Verhandlungen würden jedoch erst am Montag zum Abschluß gebracht werden können. Nach Lage der Dinge werde aber den Unternehmern nicht weiter übrig bleiben, als die Rechte der Betriebsräte zur Betriebskontrolle anzuerkennen. Weiter werde unbedingt die restlose Einstellung der Streikenden verlangt werden. Ausperzungen würden auf keinen Fall geduldet werden. Der Redner empfahl dann die vorliegende Resolution zur Annahme; man solle das Erreichte als Abschlagszahlung hinnehmen. Weiter empfahl er für Montag vormittag Verhandlungen zwischen Betriebsausschüssen und Unternehmern und für Nachmittags endgültige Stellungnahme in besonderen Streikversammlungen.

In der sehr ausgedehnten Debatte sprachen sich die meisten Redner im Sinne des Referenten aus. Mehrfach wurde hervorgehoben, daß die Leipziger Arbeiterschaft auf diesen Kampf stolz sein könne, den sie mit Freund und Feind imponierender Einheit und Entschlossenheit geführt habe. Im allgemeinen sprach man sich dahin aus, die gemachten Zugeständnisse als Abschlagszahlung anzunehmen. In gegebener Zeit werde man den Kampf wieder aufnehmen, um die Forderungen, die man jetzt nicht durchsetzen konnte, durchzudrücken. Mehrfach wurde auch der entschiedene Wille zum Ausdruck gebracht, den Kampf nicht abzubrechen, wenn sich das Unternehmertum gegen die Durchführung der von der Regierung gemachten Zugeständnisse widersetzen sollte.